

Bosnien und Herzegowina. Ein kompliziertes politisches Gebilde vor den Wahlen am 5. Oktober

■ **Wahlen 2002**

Am 5. Oktober 2002 sind zum vierten Mal seit Verabschiedung des Daytoner Friedensabkommen, mit dem der Krieg in Bosnien und Herzegowina im November 1995 beendet wurde, die Bürger des Landes zu allgemeinen Wahlen aufgerufen. Zum ersten Mal seit Ende des Krieges richtet der Staat und nicht mehr die OSZE die Wahlen in Bosnien und Herzegowina aus. Darüber hinaus wird zum ersten Mal eine neue Regierung für vier Jahre und nicht mehr nur – wie bisher bei den drei vorangegangenen Wahlen – für zwei Jahre gewählt.

Bosnien und Herzegowina ist aus den Daytoner Friedensverhandlungen als ein Land mit dreizehn Regierungen hervorgegangen: einer gesamtstaatlichen, zwei Entitätsregierungen sowie zehn kantonalen Regierungen in einer der beiden Entitäten, der „Föderation“.¹⁾ Sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf der Ebene der Föderation existieren Zweikammernparlamente (Repräsentantenhaus und Volkskammer). Die Abgeordneten für die Repräsentantenhäuser BuHs und der Föderation (FBuHs) sowie für die Nationalversammlung der anderen Entität, der Republika Srpska, werden direkt gewählt; die Abgeordneten für die Volkskammern des Gesamtstaates sowie der Föderation werden im ersten Falle von den Abgeordneten des Repräsentantenhauses BuHs, im zweiten Falle von den Abgeordneten in den Kantonsparlamenten delegiert.

Im Friedensabkommen von Dayton wurde 1995 Bosnien und Herzegowina als ein Staatswesen bestehend aus zwei Entitäten und drei konstitutiven Staatsvölkern – Bosniaken, bosnischen Serben und bosnischen Kroaten – bestimmt. Erst im April des Jahres 2002 wurde die Konstitutivität der drei Volksgruppen durch Zusätze zu den Verfassungen beider Entitäten und damit ohne Ausnahme auf dem gesamten Staatsgebiet formell anerkannt. Folglich wurde die politische Repräsentation nach einem ethnischen Proporzsystem auch im Wahlgesetz weiter ausgebaut. Dies spiegelt sich auch in den zu den Wahlen 2002 antretenden Parteien wieder, die sich bis heute an den Interessen ethnisch definierter Wählergruppen orientieren. Allerdings nimmt die Anzahl der Parteien, die sich nicht mehr eindeutig einem ethnischen Spektrum zuordnen lassen, stetig zu.

- 1) Die andere Entität, die Republika Srpska, hat zwischen der Ebene der Entität und der Ebene der Gemeinden keine weitere, der kantonalen entsprechende Ebene wie die Föderation.
- 2) Der Österreicher Wolfgang Petritsch übertrug am 27. Mai 2002 seinem Nachfolger, dem Briten Lord Paddy Ashdown, die Führung des ÖHR (Office of the High Representative).
- 3) In der Vereinbarung des Daytoner Friedensabkommens (Annex 3, Artikel 2) über die Durchführung von Wahlen war die OSZE beauftragt worden, einen Zeitplan für die ersten Wahlen in BuH zu implementieren und eine vorläufige Wahlkommission mit der Aufgabe zu betrauen, Wahlregelungen und Vorschriften einzuführen sowie ein Wahlgesetz für Bosnien und Herzegowina auszuarbeiten. Ein – allerdings sehr allgemein gehaltenes – Parteiengesetz gibt es bis heute nur in der Republika Srpska, nicht jedoch in der Föderation oder gar auf gesamtstaatlicher Ebene. Immerhin wurde auf gesamtstaatlicher Ebene im Jahr 2000 ein Gesetz zur Parteienfinanzierung erlassen.
- 4) Es bestehen zwei weitere Verfassungsgerichte auf Ebene der Entitäten.

Die Wahlen im Oktober sind für folgende Ebenen ausgeschrieben: für die gesamtstaatliche Ebene (dreiköpfige, kollektive Präsidentschaft BuHs; Repräsentantenhaus BuH), für die Entitätsebene (Repräsentantenhaus FBuH, Präsident und Vizepräsident RS; Volksversammlung RS), für die kantonale Ebene sowie für den Gemeinderat Zepce (laut Entscheidung des damaligen Hohen Repräsentanten der internationalen Staatengemeinschaft, Wolfgang Petritsch²), vom 5. Oktober 2001).

Wahlgesetz und Verfassungsänderung

Die Wahlen am 5. Oktober sind auch die ersten allgemeinen Wahlen, denen ein von den Parlamenten im August 2001 verabschiedetes und am 28. September 2001 in Kraft getretenes Wahlgesetz zugrunde liegt. Die Verabschiedung des Wahlgesetzes war eine zentrale Bedingung für die Aufnahme BiHs in den Europarat am 24. April 2002. Mit der Verabschiedung des Gesetzes stellte die bis dahin existierende, der OSZE³ unterstehende, vorläufige Wahlkommission ihre Arbeit ein und übertrug sie der am 16. November 2001 vom Hohen Repräsentanten ernannten Wahlkommission BuHs (bestehend aus vier einheimischen Persönlichkeiten und drei Vertretern der Internationalen Gemeinschaft). Ihr untersteht nun die Durchführung der Wahlen im Oktober.

Im Juni 2000 urteilte das Verfassungsgericht BuHs⁴, dass laut Verfassung Bosnien und Herzegowinas (Daytoner Abkommen, Annex 4) die drei Völker Bosnien und Herzegowinas auf dem gesamten Staatsgebiet konstitutionell und rechtlich gleichzustellen sind. Aus diesem „Konstitutivitäts-Urteil“ wurde deutlich, dass die Verfassungen beider Entitäten mit der Verfassung des Gesamtstaates nicht in Einklang standen. Denn in der Verfassung der Republika Srpska wurden allein den bosnischen Serben, in der Verfassung der Föderation hingegen allein den bosnischen Muslimen (Bosniaken) und den bosnischen Kroaten die verfassungsmäßigen Rechte zugestanden. Folglich waren beide Entitätsverfassungen mit der des Gesamtstaates zu harmonisieren, um die verfassungsmäßig gebotene Gleichberechtigung für die drei „konstitutiven“ Völker tatsächlich auf dem gesamten Gebiet des geteilten Staatswesens Bosnien und Herzegowinas wiederzuspiegeln. Nach monate-

langer Diskussion über die Verfassungszusätze⁵⁾ zwischen den Vertretern der größten Parteien und der Entitätsregierungen sowie des OHR verfügte der Hohe Repräsentant am 19. April 2002 kurz vor Ende seiner Amtszeit die Zusätze zu den Entitätsverfassungen für die Republika Srpska und für die Föderation durch Erlass. Zwar war Wochen zuvor am 27. März das „Mrakovica-Sarajevo-Abkommen“ zwischen den Regierungsparteien und der Opposition ausgehandelt worden, in den Entitätenparlamenten jedoch wieder in Zweifel gezogen worden. Das Abkommen war mit voller Zustimmung von den drei Regierungsparteien SDP (Sozialdemokratische Partei), SBiH (Partei für BiH) und NHI (Neue Kroatische Initiative) unterzeichnet worden, von vier weiteren Parteien mit Einschränkungen: PDP (Partei des Demokratischen Fortschritts), SDS (Serbische Demokratische Partei), SNSD (Serbische Unabhängige Sozialdemokraten), SPRS (Sozialistische Partei RS). Es muss hervorgehoben werden, dass erstmals seit Dayton ein so weitreichender Kompromiss zwischen gewählten Repräsentanten der Bürger und Volksgruppen Bosnien und Herzegowinas erzielt werden konnte. Die Opposition im Parlament der Föderation (die beiden ethnisch-nationalistisch orientierten Parteien SDA – „Partei der Demokratischen Aktion“ / Partei der Bosniaken –, und HDZ – „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“ / Partei der bosnischen Kroaten) hatte den zuvor erreichten Kompromiss zwischen den Parteien über die Verfassungszusätze die volle Zustimmung verweigert und damit die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Verabschiedung der Zusätze im Parlament verhindert. Die Nationalversammlung der Republika Srpska wiederum hatte Verfassungsänderungen beschlossen, die vom zuvor erreichten Kompromiss erneut abwichen.

Im Dayton-Vertrag waren komplexe Strukturen der politischen Machtverteilung und ein institutioneller Aufbau des Staatswesens vereinbart worden, in welchen sich die durch drei Jahre Krieg, Flucht und ethnische Vertreibung von etwa 50 Prozent der Bevölkerung des Landes geschaffenen Realitäten widerspiegeln. Innerhalb dieser Strukturen sollte nun aufgrund des Konstitutivitäts-Urteils die gleichberechtigte Beteiligung aller drei Volksgruppen in beiden Entitäten an Regierung, Justiz und öffentlicher

5) Die Verfassungszusätze waren in jeweiligen Verfassungskommissionen beider Entitätenparlamente ausgearbeitet worden.

- 6) Innerhalb von neun Monaten nach Annahme der Zusätze und Änderungen der Entitätsverfassungen – also bis 19. Januar 2003 – müssen die Prinzipien des Konstitutivitätsurteils auch auf kantonaler Ebene in der Föderation Anwendung finden. Außerdem sind vergleichbare Körperschaften zum Schutz der „vitalen nationalen Interessen“ in den Kantonen zu etablieren.
- 7) Maximal zwei der folgenden Ämter dürfen von Vertretern einer konstitutiven Volksgruppe besetzt werden: Premierminister (Stellvertreter dürfen wiederum nicht aus derselben Volksgruppe kommen), Sprecher des Repräsentantenhauses / der Nationalversammlung der RS; Sprecher der Volkskammer / des Rates der Völker; Präsident des Obersten Gerichtshofes; Präsident des Verfassungsgerichts; Staatsanwalt; Präsidenten der Entitäten (Stellvertreter wiederum müssen jeweils aus anderer konstitutiver Volksgruppe kommen).
- 8) Während die HDZ eine paritätische statt einer proportionalen, institutionellen Repräsentation der Kroaten (derzeitige ethnische Struktur der Bevölkerung BuHs verteilt sich nach groben Schätzungen – es fehlen noch immer exakte Angaben – wie folgt: zehn Prozent Kroaten, 40 Prozent Serben, 45 Prozent Bosniaken, zehn Prozent Sonstige; letzte Volkszählungsdaten von 1991: 17,3 Prozent Kroaten, 31,3 Prozent Serben, 43,7 Prozent Bosniaken, 5,5 Prozent Jugoslawen, 2,2 Prozent Sonstige) einklagte, gab die SDA sich nicht mit der Einrichtung eines Rates der Völker in der RS zufrieden, sondern verlangte eine vollständig symmetrische Regelung der Repräsentation aller Volksgruppen auf sämtlichen institutionellen und Regierungsebenen beider Entitäten.

Verwaltung nach einem dem letzten Vorkriegszensus (1991) entsprechenden Proporzsystem garantiert und neu geregelt werden. (Dass diese Strukturen ökonomisch nicht tragbar sind, ist bekannt. 64 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wird in Bosnien und Herzegowina auf Regierungshaushalte verwandt, gegenüber 43 Prozent in anderen europäischen Transformationsländern). Diskriminierende Elemente der bisherigen Entitätsverfassungen werden durch Änderungen und Verfassungszusätze sieben Jahre nach Unterzeichnung des Daytoner Abkommens beseitigt.⁶⁾ Die Besetzung öffentlicher Ämter und politischer Schlüsselfunktionen⁷⁾ hat den Neuregelungen auf Grundlage der Verfassungszusätze solange Rechnung zu tragen, bis Annex 7 des Daytoner Abkommens vollständig umgesetzt ist („Agreement on Refugees and Displaced Persons“ – Abkommen über die Rückkehr von Flüchtlingen). Vor allem auf die rechtliche Situation von Flüchtlingen und Rückkehrern sollen sich die Änderungen positiv auswirken. Analog zur Volkskammer der Föderation wird beispielsweise nun auch in der Republika Srpska ein „Rat der Völker“ eingerichtet, in welchem Gesetze, die „vitale nationale Interessen“ der konstitutiven Volksgruppen betreffen, auf deren mögliche Gefährdung hin überprüft und nur auf Zustimmung des Rates angenommen werden können.⁸⁾

In Artikel 4 des Abkommens vom 27. März 2002, auf das sich die Parteien im Kompromiss geeinigt hatten und das der Entscheidung des Hohen Repräsentanten vom 19. April zugrunde liegt, sind vitale nationale Interessen der konstitutiven Völker wie folgt definiert (im Wortlaut): „exercise of the rights of constituent peoples to be adequately represented in legislative, executive and judicial bodies; constitutional amendments; organisation of public authorities; equal rights of constituent peoples in the process of decision-making; education, religion, language, promotion of culture, tradition and cultural heritage; territorial organisation; public information system; and other issues treated as of vital national interest if so claimed by 2/3 of one of the caucuses of the constituent peoples in the House of Peoples or Council of Peoples.“

Nachdem sich die Verfassungsänderungen nun auch im Wahlgesetz niedergeschlagen und damit den

Weg zu den Parlamentswahlen im Oktober freige-
macht haben, sind die Wahlen wie folgt geregelt:

- Die Wahl der drei Mitglieder der kollektiven Prä-
sidentschaft BuHs ist weiterhin gemäß der Verfas-
sung und ohne eigene Bestimmung im Wahlgesetz
so geregelt, dass jeweils das kroatische und das bos-
niakische Mitglied direkt von der Wahlbevölke-
rung der Föderation (mit einer Stimme, entweder
für das kroatische oder das bosniakische Mitglied),
das serbische Mitglied von der Wahlbevölkerung
der Republika Srpska gewählt wird. (Keine Ände-
rung)
- Auf gesamtstaatlicher Ebene werden die Delegier-
ten des Repräsentantenhauses BuH direkt gewählt:
28 aus der Föderation, 14 aus der RS. (Keine Än-
derung)
- Die Delegierten der Volkskammer des gesamtstaat-
lichen Parlaments werden von der Volkskammer
der Föderation (fünf Bosniaken, fünf Kroaten) und
der Nationalversammlung der RS (fünf Serben)
entsandt. (Keine Änderung)
- In den Entitätsparlamenten (Nationalversamm-
lung der Republika Srpska, Abgeordnetenhaus der
Föderation) müssen jeweils ein Minimum von vier
Abgeordneten jeder konstitutiven Volksgruppe
vertreten sein. Die Delegierten zum Abgeordne-
tenhaus der Föderation werden direkt gewählt. Die
Sitze im Parlament wurden von 140 auf 98 re-
duziert (Änderung!). Die Abgeordneten der Na-
tionalversammlung der Republika Srpska werden
direkt gewählt. Es gibt insgesamt 83 Sitze im Pa-
rlament. (Keine Änderung)
- Die Regierungen beider Entitäten bestehen aus
16 Ministern und einem Premierminister. Sie wer-
den nach folgenden Schlüsseln gebildet: in der RS
acht Serben, fünf Bosniaken, drei Kroaten; in der
Föderation acht Bosniaken, fünf Kroaten, drei Ser-
ben. Künftig werden also jeweils die Hälfte der Mi-
nister von der Mehrheitsbevölkerung der Entität,
die andere Hälfte von den Volksgruppen in der
Minderheit gestellt. Außerdem werden die Pre-
mierminister jeweils zwei Stellvertreter unter den
Ministern aus den beiden anderen Volksgruppen
erhalten. Des weiteren können sie jeweils einen
Minister aus der Gruppe „Sonstige“ als Ersatz für
einen der Mehrheitsbevölkerung zustehenden Mi-

nisterposten nominieren. (Vorher: in der RS gab es 19 Minister- plus Premierministerposten; in der Föderation gab es 15 Minister- plus Premierministerposten)

- Die Volkskammer der Föderation sowie der Rat der Völker der Republika Srpska sind paritätisch zu besetzen, d.h. jedes der drei konstitutiven Völker ist durch dieselbe Anzahl von Abgeordneten repräsentiert (Minimum: acht; Maximum: 17. Entsprechend würde der Maximal-Schlüssel wie folgt aussehen: 17 Bosniaken, 17 Serben, 17 Kroaten, 8 „Sonstige“, bzw. Minimal-Schlüssel: 8:8:8:4). Die Delegierten in der Volkskammer der Föderation werden von den kantonalen Parlamenten in der Föderation entsandt, die Delegierten im Rat der Völker der RS werden von den Abgeordneten der Nationalversammlung der RS entsandt – jeweils von den Angehörigen der entsprechenden Volksgruppe (Vorher: Völkerrat der RS existierte nicht; kantonale Parlamente entsandten Abgeordnete in die Volkskammer der Föderation nach folgendem Schlüssel: 30 Bosniaken, 30 Kroaten, 20 „Sonstige“, darunter Serben)
- Die Präsidenten der Föderation sowie der Republika Srpska werden nun jeweils zwei Stellvertreter haben, die jeweils einer anderen konstitutiven Volksgruppe angehören. (Vorher: es gab nur jeweils einen Stellvertreter, in der RS gab es keine Bestimmung, dass er einer anderen als der serbischen Volksgruppe anzugehören hat). Das Abgeordnetenhaus der Föderation wählt den Präsidenten und seine beiden Stellvertreter, die Ämter rotieren. In der Republika Srpska wird der Präsident sowie nun seine beiden Stellvertreter direkt gewählt. Präsident und Stellvertreter müssen jeweils einer anderen konstitutiven Volksgruppe angehören. Die Ämter des Präsidenten und seiner Stellvertreter rotieren nicht.

Die tatsächliche Implementierung der Verfassungszusätze bleibt allerdings abzuwarten; sie soll in der Phase nach den Oktoberwahlen erfolgen. Weiter ist anzumerken, dass die Neuregelungen der politischen und institutionellen Repräsentation nach dem Proporzsystem die Komplexität des schon bisher für die Bürger kaum noch überschaubaren staatlichen Aufbaus Bosniens und Herzegowinas keineswegs verein-

facht, sondern sie vielmehr weiter ausbaut. Wohl reflektiert sich in den Neuregelungen die Multiethnizität des Staates Bosnien und Herzegowina auf Basis der numerisch adäquaten Repräsentation der konstitutiven Volksgruppen auf allen Ebenen, zugleich wird aber die Prädominanz ethnischer Bindungen und ethnischer Interessenvertretung noch einmal bekräftigt. Dies spiegelt sich, was niemanden verwundert, auch im Zuschnitt und Spektrum der politischen Parteien (siehe den zweiten Teil dieses Artikels) wider, die sich auf dieser Grundlage nach wie vor auf die Vertretung ethnischer Gruppeninteressen konzentrieren. Mit der Vertretung von Interessen der Bürger eines staatlichen Gemeinwesens tun sich die meisten Politiker in Bosnien und Herzegowina noch schwer. Allerdings sind auch die Parteien von nun an gezwungen, Vertreter anderer Volksgruppen in ihre Reihen aufzunehmen, um ihre Machtbasis auszubauen.

Die „Allianz“ auf dem Prüfstand

Die Wahlen im November 2000 bedeuteten erstmals nach dem Krieg einen – wenn auch nur mäßigen – Einbruch für die bis dahin die Regierungen stellenden ethnisch-nationalistisch orientierten Parteien SDA (Partei der demokratischen Aktion), HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) und SDS (Serbische Demokratische Partei). Mit knapper Mehrheit übernahm auf föderaler und gesamtstaatlicher Ebene eine breite Koalition von „moderaten“ Parteien die Regierungsverantwortung, die stark von der Internationalen Gemeinschaft in BuH geförderte „Allianz für den Wandel“.⁹⁾ Ihre Regierungszeit wird vor allem von Seiten der Beauftragten der Internationalen Gemeinschaft als eine Phase des Stimmungswechsels im Lande beschrieben. Die Allianz kann die Verabschiedung des Wahlgesetzes, die Aufnahme in den Europarat, die Wiederaufnahme von offiziellen Beziehungen sowie bilaterale Handelsabkommen mit den Nachbarländern Jugoslawien und Kroatien, die Erfüllung von bis heute 16 der insgesamt 18 „Road Map“-Bedingungen für die Vorbereitung der Feasibility Study im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses mit der EU als positive Eckdaten einer zweijährigen Regierungsbilanz aufweisen. Die Reform des Rentensystems, des Bankensystems sowie die Verabschiedung des Gesetzes über die

9) Die „Allianz“ hat selbst nur 17 der (insges. 42) Sitze im Repräsentantenhaus BuH: SDP (Sozialdemokratische Partei) (9), SBiH (Partei für Bosnien und Herzegowina) (5), NHI (Neue Kroatische Initiative), BPS (Bosnisch Patriotische Partei, DSP (Demokratische Partei der Rentner) (je 1). Allerdings kommt die Allianz mit Unterstützung der Abgeordneten folgender Parteien aus dem „serbischen“ Spektrum auf eine knappe Parlamentsmehrheit: PDP (Partei für Demokratischen Fortschritt) (2), SNS (Serbische Volkspartei) (1), SPRS (Sozialistische Partei RS) (1), SNSD (Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten) (1). Die Ministerposten verteilen sich wie folgt auf die Parteien: SDP (2), SbiH (1), SNS (1), PDP (1), NHI (1). Im föderalen Parlament ist die Allianz ebenfalls auf Unterstützung kleinerer Parteien angewiesen, um Mehrheiten zu bilden. Die Ministerposten verteilen sich wie folgt: SDP (7), SBiH (4), NHI (2), BPS und RzB (Durch Arbeit zum Wohlstand) (je 1), ein Parteilooser.

staatliche Stromversorgung, den staatlichen Grenzschutz, die Regelung des staatlichen Haushaltes (neben den Haushalten der Entitäten) und die Zuständigkeiten des BuH-Ministerrats dokumentieren den erklärten Willen der Regierung zur Stärkung der Rolle des Gesamtstaats. Die Einrichtung eines „Coordination Board for Economic Transition and European Association“ auf gesamtstaatlicher Ebene (bestehend aus beiden Premierministern der Entitäten, den Schlüsselministerien des Gesamtstaates – Außenbeziehungen, Außenhandel, Währung – künftig: Finanzen –, Europäische Integration –, sowie den Finanzministerien der Entitäten) weist zudem darauf hin, dass der Aufbau einer selbsttragenden Wirtschaft für die Allianz Priorität hat. Das „Coordination Board“ der lokalen Mandatsträger kooperiert und koordiniert daher eng mit der „Economy Policy Group“ (IMF, Weltbank, Europäische Kommission, OHR, US-Botschaft) und stützt auf diese Kooperation ihr wirtschaftliches Reformprogramm.

Die ökonomische Situation hat sich allerdings im Vergleich zum Vorjahr kaum verbessert. Dies dürfte bei der Entscheidung der Wähler stärker ins Gewicht fallen als verabschiedete Gesetze. Zwar hat in der Föderation die Industrieproduktion stetig angezogen, der Aufwärtstrend wurde jedoch durch den Rückgang der Produktivität in der Republika Srpska im Vergleich zum Vorjahr gebremst. Das Bruttoinlandsprodukt ist im gleichen Zeitraum nur minimal gestiegen. Die Privatisierung der großen staatlichen Betriebe, die dem Staat Einnahmen sichern würde, kommt in der Föderation schleppend, in der RS kaum voran. Allein die Voucher-Privatisierung kleiner Betriebe zeitigt sichtbare Erfolge. Ausländische Direktinvestitionen lassen nach wie vor auf sich warten. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziellen Daten zufolge in der RS bei 43,4 Prozent (9/2001; im Vergleich zu 9/2000: 40,2 Prozent), in der Föderation bei 39,9 Prozent (12/2001; im Vergleich zu 12/2000: 38,9 Prozent). Allerdings kann man die Raten nach offiziellen Schätzungen der statistischen Institute für die Föderation bei 15 Prozent und für die Republika Srpska bei 16 Prozent ansiedeln, wenn man die Beschäftigung in der Schattenökonomie berücksichtigt.

Während die SDA und die HDZ in den zurückliegenden zwei Jahren in der Föderation und auf ge-

samtstaatlicher Ebene Oppositionserfahrung sammeln mussten und nur noch auf kantonaler Ebene Regierungen stellen konnten, blieb in der Republika Srpska die SDS (Serbische Demokratische Partei; ethnisch-nationalistische Partei der bosnischen Serben) unter dem Dach einer sogenannten Expertenregierung¹⁰⁾ an der Regierung beteiligt. Kritiker dieser Lösung hätten lieber gesehen, wenn Miladin Ivanic, Premierminister der Republika Srpska, eine klare Abgrenzung gegenüber der SDS vorgenommen hätte, statt sie in die Regierung einzubinden. Er hätte hingegen mit einer Reihe kleiner Parteien in der RS in Analogie zur Föderation ebenfalls eine „Allianz für den Wandel“ bilden können. Ivanic vertritt dagegen bis heute die Ansicht, durch Machtbeteiligung habe er die Unterstützung der SDS für seine Politik gewonnen und zu erwartende Instabilitäten vermeiden können. In seinem nur zu geringen Teilen erfolgreichen Vorgehen gegen die fast schon institutionalisierte Korruption in Wirtschaft und Verwaltung der RS ging seine Strategie der Einbindung der SDS nicht unbedingt auf. Auf gesamtstaatlicher Ebene hat sich Ivanic als recht konstruktiver und verlässlicher Koalitionspartner erwiesen. Vor allem mit Blick auf die wirtschaftliche Situation im Lande erkannte Ivanic in mancher Hinsicht die Notwendigkeit einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Strategie beider Entitäten an und trug notwendige Reformschritte zur Stärkung gesamtstaatlicher Kompetenzen und zur Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsraums in BuH mit. Dennoch versucht die Ivanic-Regierung Souveränitätseinbußen der als quasi-staatlich verstandenen Entscheidungsgewalten der Republika Srpska zu minimieren.

- 10) Die Sitzverteilung in der Nationalversammlung (insges. 83) der Republika Srpska: SDS (31), PDP und SNSD (je 11), SDA und SPRS (je 6), DSP und SDP und SbiH (je 4), DNS (3), SNS (2), DSRS und NHI und Renterpartei RS (je 1). Die Ministerposten verteilen sich auf die Parteien wie folgt: PDP (7), SDS (5), vier Experten, drei Parteilose (ausgetreten während Mandatszeit aus SPRS (1) und SDS (2).

Wahlbeteiligung und Wählerinteresse

Nach Angaben der Wahlkommission BuHs haben sich 2 347 204 Wähler für die Wahlen im Oktober 2002 registrieren lassen. Neu eingeführt wurde die Regelung, dass Wähler, die am Tag der Wahlen in fremden Wohnungen wohnen, nur in den Orten wählen können, in denen sie vor dem Krieg registriert waren. Bei den Wahlen 2000 haben sich nach Angaben der OSZE 2 508 349 Wähler registrieren lassen, tatsächlich gewählt haben aber nur 1 616 313 Personen, d.h. die Wahlbeteiligung lag im Jahr 2000 bei

64,4 Prozent. Wie bisher können Flüchtlinge und Displaced Persons wählen, wo sie ihr Stimmrecht ausüben – im Wahlbezirk ihres aktuellen Wohnorts, soweit sie in Bosnien und Herzegowina leben, oder für den Wohnort, an welchem sie sich bei der letzten Volkszählung (1991) haben registrieren lassen. Die Diaspora zeigt allerdings ein abnehmendes Interesse an den Wahlen in ihrem Herkunftsland.

Laut einer Umfrage von NDI (31. Mai 2002) gaben 82 Prozent der in Bosnien und Herzegowina Befragten an, an den Wahlen teilnehmen zu wollen. Vornehmlich in der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen ist mit einer geringeren Wahlbeteiligung zu rechnen als beim Durchschnitt. 23 Prozent dieser Altersgruppe gaben an, nicht zur Wahl zu gehen. Im Vergleich zwischen den ethnischen Bevölkerungsgruppen ist unter bosnischen Kroaten mit der geringsten Beteiligung zu rechnen. 22 Prozent gaben an, nicht wählen zu wollen.

Insgesamt deuten die Umfragen anderer Institutionen (UNDP, OSZE) wie auch die hier zitierte von NDI darauf hin, dass bei diesen Wahlen erstmalig ökonomische Interessen im Vordergrund stehen, nationale Fragen hingegen in den Hintergrund treten. Allerdings ist das Wählerinteresse noch immer stark an ethnischen Kriterien orientiert. Weitgehende Übereinstimmung herrscht zwischen Befragten in der Republika Srpska und in der Föderation bezüglich der Priorität von Themen, die bei der Wahl entscheiden. Im Durchschnitt gaben 66 Prozent der Befragten an, dass oberste Priorität für sie Beschäftigung und die Verbesserung ihrer Lebensumstände haben. Mit absteigender Bedeutung wurden der Reihe nach folgende politische Prioritäten genannt: Korruptionsbekämpfung, Verbesserung der Sozial- und Gesundheitssysteme, Programme gegen die Auswanderung junger Menschen / Braindrain, Flüchtlingsrückkehr. Zu den Standard-Themen befragt, welche die ethnisch-nationalistischen Parteien ansprechen, gaben 28 Prozent der Bosniaken an, dass ein Politiker bzw. eine Partei den Staat BuH zu stärken und zu bewahren habe; unter den bosnischen Serben gaben zwölf Prozent an, die Stärkung und Wahrung der RS habe für sie Priorität; 24 Prozent der bosnischen Kroaten gaben die Sicherung und Wahrung ihrer nationalen Interessen als vorrangig an.¹¹⁾

11) National Democratic Institute for International Affairs, Bosnia and Herzegovina: *A Survey of Voter Attitudes in B&H – Summary Report*. May 31, 2002.

■ Parteienspektrum

Mit dem neuen Wahlgesetz wurde erstmals eine Drei-Prozent-Klausel eingeführt. Diese hat kleinere Parteien zu Vorwahlkoalitionen und zur Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten bewogen (s. Anlage 1). Die Drei-Prozent-Klausel stellt einen wichtigen Schritt zur parteipolitischen Positionierung und Assoziierung der insgesamt 57 (s. Anlage 2) zu den Wahlen zugelassenen Parteien (sowie dreier unabhängiger Kandidaten) dar.¹²⁾ Dennoch ist das Parteienspektrum in BuH nach wie vor stark zersplittert und entlang ethnischer Kriterien sortiert. Ordnungspolitische Positionen oder programmatische Orientierungen sind nur in Programmen zu finden, die sich an entsprechende Parteiprogramme aus dem westeuropäischen Spektrum stark anlehnen, haben jedoch für das politische Alltagshandeln vor Ort kaum Relevanz. Die Bezeichnung „Volkspartei“ hatte in der letzten Zeit erkennbar Konjunktur – sowohl bei großen Parteien wie der SDA als auch bei kleineren Parteien wie etwa Radom za Boljitak (Durch Arbeit zum Wohlstand) oder ProENS (Proeuropäische Volkspartei; s. u.). Jedoch ist eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Konzept der Volkspartei bisher nur in Ansätzen erkennbar.

Dass die beiden größten Parteien der Allianz (SDP und SBiH) bei den Wahlen 2002 nicht gemeinsam, sondern als Konkurrenten antreten werden, wurde in der Öffentlichkeit als Aufkündigung der Allianz noch vor den Wahlen verstanden. Auch die kleineren Parteien aus der Allianz haben sich entschlossen, allein oder in Koalitionen mit anderen Parteien außerhalb der Allianz anzutreten (s. Anlage 1). Seit dem Auftakt zum Wahlkampf ist die einheimische Presse voller Enthüllungsgeschichten und Skandale, die das Innenleben der Allianz nach außen kehren. Kommentatoren halten es dennoch für möglich, dass sich in den letzten Wochen vor den Wahlen erneut Figurationen im Parteienspektrum und überraschende Parteienverbindungen ergeben könnten, die den gegenwärtigen Verlauf der Konfrontationslinien wieder verschieben.

An dieser Stelle soll nun ein Überblick über die wichtigsten Parteien gegeben werden, die bei der Wahl 2002 antreten und vermutlich in die Parlamente

12) Bei den allgemeinen Wahlen 2000 kandidierten insgesamt 51 Parteien und unabhängige Kandidaten.

einziehen werden. Die Unterteilung in „bosniakisches“, „serbisches“ und „kroatisches“ Spektrum ergibt sich aus der erwähnten ethnischen Positionierung der Parteien in Korrespondenz zum Wählerinteresse. Die drei hier zuerst vorgestellten Parteien lassen sich weniger eindeutig als die anderen einem ethnisch definierten Spektrum zuordnen.

Ethnisch relativ neutrale Parteien

SDP (Sozialdemokratische Partei)

Die SDP, stärkste Partei innerhalb der Allianz, bekommt zunehmend Mitglieder und Zuspruch sowohl aus der serbischen als auch der kroatischen Bevölkerung. Das Image als „bosniakische“ Partei verliert sich langsam. In der RS wird die SDP heute immerhin als Partei ohne ausgeprägte ethnische Prägung anerkannt. In den zurückliegenden Wochen beherrschten anhaltende interne Machtkämpfe das Bild; im Zusammenhang mit ihnen stand auch der öffentlichkeitswirksame Wechsel des Parteigründers Nijaz Durakovic auf die Liste der SBiH als Kandidat für das gesamtstaatliche Parlament. Mit Durakovic als schärfstem Konkurrenten des Parteivorsitzenden und Außenministers Zlatko Lagumdzia wird sich möglicherweise der traditionalistische Flügel der SDP von der Partei ganz abwenden und neu orientieren. Schätzungen, wie stark dieser Flügel tatsächlich sei, divergieren jedoch je nach Perspektive in hohem Maße. Der Wahlkampf soll das von der SDP als Allianz-Partei mitgetragene Wirtschaftsreformprogramm der Regierung in den Vordergrund stellen. Die SDP tritt auf allen Ebenen zu den Wahlen an. Nach aktuellen Schätzungen kann sie das bei den letzten Wahlen erreichte Niveau auf gesamtstaatlicher (22 Prozent) und föderaler Ebene (26 Prozent) halten, in der RS wird sie eventuell leichte Einbußen hinnehmen müssen (von fünf auf vier Prozent). In der RS wird die SDP eigenen Aussagen zufolge versuchen, andere Parteien im Kampf gegen die SDS zu vereinen.

RzB (Radom za BoljitaK – Durch Arbeit zum Wohlstand)

Bei den allgemeinen Wahlen im November 2000 kandidierte im HDZ-dominierten Kanton West-Herzegowina eine Liste unabhängiger Kandidaten, er-

reichte auf Anhieb acht Prozent der Stimmen und wurde somit zweitstärkste Partei im Kanton. Ein Jahr später gründete sich auf dieser Basis die Partei Radom za Boljitak (RzB). Inzwischen ist es ihr gelungen, eine solide Parteistruktur in den Kantonen der Föderation zu etablieren. Sie unterhält außerdem ein Büro in der Republika Srpska. Entsprechend tritt RzB auf kantonaler Ebene (neun von insgesamt zehn Kantonen) an; gemeinsam mit der HDU (Kroatische Demokratische Union) stellt sie einen Kandidaten für die Präsidentschaft BuHs, stellt sich für das gesamtstaatliche sowie das föderale Parlament zur Wahl und mit HDU sowie HSS (Kroatische Bauernpartei) für die Nationalversammlung der RS. RzB versteht sich als Volkspartei. Sie lehnt ethnische Positionierungen ab – dies haben auch ihre Koalitionspartner im „Ökonomischen Block“ (s. Anlage 1.) mitzutragen. Obwohl in der tief kroatisch geprägten West-Herzegowina verwurzelt, hat RzB eine beachtliche Anzahl von Vertretern anderer ethnischer Gruppen in ihren Reihen. Ihr programmatischer Schwerpunkt liegt auf wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen: Weitgehende Deregulierung und die Schaffung investorenfreundlicher Standortbedingungen haben Priorität. Hierauf wird sie ihren Wahlkampf konzentrieren. Die Mitglieder und Wähler von RzB kommen überwiegend aus dem privatwirtschaftlichen Kleinunternehmertum.

ProENS (Proeuropäische Volkspartei)

Die ProENS ist ein neuer Stern am bosnisch-herzegowinischen Parteienfirmament. Im April dieses Jahres gegründet, ist sie eine weitere Partei neben SDP und RzB, die es dezidiert vermeidet, sich ethnisch zu positionieren. Hierin beruht ihr Selbstverständnis als Volkspartei. ProENS positioniert sich als Gegengewicht zur SDP und als Partei der Mitte, die für eine europaorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik eintritt. Der Aufbau tragfähiger staatlicher Strukturen und Institutionen, die Etablierung einer den Bürgern gegenüber verantwortlich handelnden Regierung, eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, die sich auf die Gewinnung und die Schaffung der Bedingungen für ausländische Investitionen konzentriert, die Reform des Bildungssystems, schließlich das Vorantreiben der Integration Bosnien und Herzegowinas in Strukturen der Europäischen Union sind Themen,

aus denen sie sich wohl das letztgenannte für den Wahlkampf vorbehält. Ihr Vorsitzender, der Wirtschaftsprofessor Jadranko Prlic, ist derzeitiger stellvertretender Minister für Außenhandel. Ehemals führendes Mitglied der HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) verließ er zum Ende seiner Amtszeit (1998–2000) als Außenminister Bosnien und Herzegowinas die Partei. Bei den letzten Wahlen im November 2000 kandidierte Prlic als unabhängiger Kandidat auf der Liste der Partei NHI (Neue Kroatische Initiative). ProENS tritt zu den Wahlen in den meisten Kantonen sowie für das gesamtstaatliche Parlament allein, für die Entitätsparlamente in Koalition mit einer noch kaum in Erscheinung getretenen „Jugendpartei“ an. Die Partei rechnet damit, die Drei-Prozent-Klausel zu überwinden. Vor allem im urbanen Raum spricht sie besonders Privatunternehmer und Universitätsangehörige, vor allem aber junge Menschen an.

Zwei weitere Parteien, die ebenfalls an der Allianz beteiligt sind, lassen sich nicht eindeutig in ethnisch definiertem Spektrum einordnen. Es handelt sich hier um die GDS (Bürgerliche Demokratische Partei), sowie um die LDS (Liberaldemokratische Partei). Es ist bei den beiden Parteien nicht damit zu rechnen, dass sie die Dreiprozentklausel überwinden können.

„Bosniakisches“ Parteienspektrum

SDA (Partei der Demokratischen Aktion)

Die SDA nutzte die Zeit als Oppositionspartei zu einer gewissen Neuorientierung. Mit der Ablösung von Alija Izetbegovic und der Ernennung von Sulejman Tihic zum Parteivorsitzenden auf dem Parteitag im Herbst 2001 wurde dem säkular und proeuropäisch orientierten Flügel zumindest in der Außen- darstellung der Partei gegenüber konservativen, mit einem islamischen Staat sympathisierenden Kräften die Zustimmung gegeben. Der jetzige Ehrenvorsitzende und maßgeblich aus dem Hintergrund wirkende Parteiführer Izetbegovic spricht der neuen Führung und Tihic seine volle Unterstützung aus, sieht in ihm den geeigneten Vertreter bosniakischer Interessen. Eine patriotische Partei soll die SDA werden, um sich von ihrem nationalistischen Image zu lösen. Die Partei hat wohl noch einen längeren Weg vor

sich, um nicht nur muslimische Bosnier anzusprechen, wie manche ihrer prominenten Vertreter es propagieren und für möglich halten. Auch in ihrer „probosnischen“ Grundposition reflektiert sich vor allem „bosniakische“ Interessenvertretung. Allerdings lässt die SDA Ansätze einer sachgerechten Politik im Interesse des Gemeinwohls erkennen, wie etwa in ihrem Programm zur Verschlinkung des institutionellen und administrativen Systems des Staatsaufbaus. Wie die HDZ und die SDS hat auch die SDA ihre Basis in ländlichen Regionen – gerade umgekehrt proportional zur SDP. Die Meinungsumfragen gehen in dem Punkt auseinander, ob die SDA ihre Position (Gesamtstaat: 20 Prozent, Föderation 27 Prozent, RS sieben Prozent) halten oder verbessern wird. Von einer nennenswerten Verschlechterung ist nicht auszugehen. Die SDA wird ihren Wahlkampf auf die Kritik an der Allianz konzentrieren. Sie SDA kandidiert auf allen Ebenen und bemüht sich erkennbar um die Aufstellung junger Kandidaten des politischen Nachwuchses.

SBiH (Partei für Bosnien und Herzegowina)

Die SBiH entwickelte sich in den späten neunziger Jahren als bürgerlich-säkulare Alternative zur SDA. Bis heute hat sie jedoch nicht glaubhaft machen können, eine – wie behauptet – multiethnische Volkspartei zu sein, auch wenn manche ihrer Repräsentanten keine Muslime sind. Wie die SDA präsentiert sich die SBiH als „pro-bosnisch“, tritt für die Stärkung des Staates Bosnien und Herzegowina und für einen radikalen (die SDA dagegen für einen mehr oder minder graduellen) Abbau der Entitäten ein. Im Vorwahlkampf ist die SBiH vor allem mit einem Konfrontations- bzw. Abgrenzungskurs gegenüber verschiedensten Seiten (den Partnern innerhalb der Allianz; der Internationalen Gemeinschaft in BuH) in Erscheinung getreten. Diese Taktik zielt mitunter darauf, zu signalisieren, dass es der SBiH wie der SDA um die Vertretung bosniakischer Interessen geht, wenn sie von „probosnischer“ Politik sprechen. „Gerechtigkeit“ ist eine der häufigsten im politischen Diskurs platzierten Vokabeln der SBiH. Seit ihr ehemaliger Vorsitzender Haris Silajdzic als Kandidat für die Präsidentschaft auf die politische Bühne zurückgekehrt ist und den Gründer der SDP, Nijaz Durako-

vic – wichtiger Gegenspieler des SDP-Vorsitzenden Zlatko Lagumdzia – dafür gewonnen hat, auf der SBiH-Liste zu kandidieren (s.o.), ist die Konkurrenz zur SDP um Wählerstimmen besiegelt. Dennoch ist davon auszugehen, dass beide Parteien nach den Wahlen wieder eine Koalition miteinander eingehen würden. Doch auch eine Koalition mit der SDA ist nicht auszuschließen. Die SBiH kandidiert auf allen Ebenen (Ausnahme: Kanton 8). Bei den letzten Wahlen erhielt sie auf gesamtstaatlicher Ebene zwölf Prozent, in der Föderation 15 Prozent, in der RS fünf Prozent.

Andere kleine Parteien im bosniakischen Spektrum, etwa die an der Allianz beteiligte BPS (Bosnisch-Herzegowinische Patriotische Partei), oder die DNZ (Demokratische Volksgemeinschaft), werden möglicherweise auf kantonaler Ebene in manche Parlamente einziehen können, auf den anderen Ebenen jedoch vermutlich an der Drei-Prozent-Klausel scheitern.

„Serbisches“ Parteienspektrum

PDP (Partei des demokratischen Fortschritts)

Gegründet unmittelbar vor den Kommunalwahlen im April 2000 in der Republika Srpska, erzielte die Partei mit 20 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg. Bis Ende 2001 war die PDP allein in der RS vertreten; erste Schritte zur Etablierung in der Föderation sind mittlerweile getan. Entsprechend kandidiert die PDP auf allen Ebenen, mit Ausnahme der Kantone 2, 8 und 10. Es ist wahrscheinlich, dass die PDP nach wie vor und zumal in der Föderation das serbische Wählerspektrum ansprechen wird, auch wenn sich die Partei nicht als serbische Partei positioniert. Ihr Vorsitzender, der Premierminister der RS, Mladen Ivanic, ist Wirtschaftsprofessor und gilt als „Unabhängiger“. Ob er wie beim letzten Wahlgang auf die 38 Prozent der SDS-Wähler spekuliert oder diesmal auf die Mehrheit in der Bevölkerung setzt, die nicht SDS wählt, bleibt abzuwarten. Die Partei setzt ihre programmatischen Akzente in wirtschaftspolitischen Fragen: der zügige Aufbau einer Marktwirtschaft, ein rascher Privatisierungsprozess in der RS und in BuH, weitgehende Deregulierung, um ein für ausländische Investitionen offenes und attraktives

Umfeld zu schaffen. Die PDP betont die strikte Einhaltung und Umsetzung des Dayton-Abkommens, insbesondere mit Blick auf die Machtbefugnisse der Entitäten, wobei – ähnlich wie bei anderen Parteien in der RS – die Flüchtlings- und Rückkehrerproblematik als zweitrangig behandelt wird. Die Partei spricht sowohl enttäuschte Anhänger der SDS als auch SDP-Wechselwähler an. Sie präsentiert ihre Vertreter und Mitglieder als integre, nicht-korruptierbare Persönlichkeiten und ist vor allem für Unternehmer und Akademiker attraktiv. Wurde der PDP noch im Frühjahr ein Wahlerfolg vorausgesagt, senkt sich derzeit ihre Popularitätskurve erkennbar. Eine Distanzierung Ivanics von der Politik der SDS und ein klares Bekenntnis zum teilweise zu halbherzig verfolgten Reformkurs halten viele für den jetzt notwendigen, richtigen Schritt. Auf gesamtstaatlicher Ebene erreichte die PDP bei den letzten Wahlen fünf Prozent, in der RS 13 Prozent.

■ **SDS (Serbische Demokratische Partei)**

Die SDS versucht im Vorwahlkampf, den Unmut über die wirtschaftliche Lage in der RS der PDP und Premierminister Ivanic anzulasten. In weiten Teilen der RS baut die SDS auf ein funktionsfähiges Netzwerk von Interessenmonopolen, Klientelismus und auf ein beträchtliches Maß an Militanz bei verschiedensten Verbänden (z. B. Veteranen, Anti-Rückkehrer etc.). Der nach wie vor verbreitete Nationalismus in weiten Teilen der serbischen Volksgruppe in Bosnien und Herzegowina, respektive der RS, ist jene ideologische Basis der SDS, die auch dem gesuchten Radovan Karadzic Schutz und Rückendeckung bietet. Die Meinungen sind geteilt, ob die SDS noch einmal Aufwind bekäme, falls Karadzic tatsächlich (und womöglich noch vor den Wahlen im Oktober) gefasst werden würde, oder aber ob ihre Basis im Gegenteil bald in Ermangelung eines charismatischen Führers brüchig würde. Bei manchen offiziellen Vertretern der SDS hat es indes in der letzten Zeit konstruktive Politikansätze gegeben, wie etwa in den Debatten über die Verfassungsänderungen deutlich wurde. Größere Einbußen sind für die SDS bei den kommenden Wahlen nicht zu erwarten. Wie bei den vergangenen Wahlen wird sie für das gesamtstaatliche

Parlament (2000: 15 Prozent) sowie für das Parlament der RS antreten (2000: 38 Prozent) und einen Kandidaten für die Präsidentschaft BuHs aufstellen.

SNSD (Bund der unabhängigen Sozialdemokraten)

Der SNSD plant bei diesen Wahlen aus dem Schattendasein (wegen massiver Korruptionsvorwürfe hat sich der SNSD während der vergangenen Legislaturperiode zurückgezogen) wieder ans Licht zu kommen. Milorad Dodik, Vorsitzender des SNSD und ehemaliger Premierminister der RS (1998–2000), versucht aus den Fehlern der derzeitigen Regierung und dem allgemeinen Unmut über die ökonomische Situation in der RS Kapital zu schlagen. Er tritt im Vorwahlkampf mit kooperativen Gesten in Richtung Föderation auf, versucht besonders, die Internationale Gemeinschaft durch betont rationale, die Stärkung gesamtstaatlicher Institutionen befürwortende Äußerungen und wirtschaftliche Reformprojekte positiv zu stimmen und für sich einzunehmen. Einer Koalition mit der PDP steht der SNSD offen gegenüber, die Zusammenarbeit mit der SDS wird ausgeschlossen. Der SNSD kandidiert auf allen Ebenen (ausgenommen vier Kantone und Gemeinderat Zepce). Erreichte der SNSD bei den vergangenen Wahlen in der RS immerhin 13 Prozent, wird er in der Föderation und auf gesamtstaatlicher Ebene die Drei-Prozent-Klausel bei ähnlichen Ergebnissen wie 2000 nicht erreichen können.

Weitere Parteien im serbischen Spektrum, die SPRS (Sozialistische Partei RS), die SNS (Serbische Volkspartei), sowie die Serbische Radikale Partei (nach dem Rücktritt ihres Vorsitzender Nikola Poplasen für die Wahlen 2002 wieder zugelassen) werden – mit Ausnahme der SPRS in der RS – die Drei-Prozent-Klausel wahrscheinlich nicht überwinden können. Allein die SPRS wird in der Föderation auch auf kantonaler Ebene kandidieren und dort möglicherweise unter serbischen Rückkehrern Unterstützung finden.

„Kroatisches“ Parteienspektrum

Zum ersten Mal steht eine nennenswerte Zahl von kleinen Parteien und Koalitionen im kroatischen Spektrum zur Wahl, das in den vorangegangenen Jahren weitgehend von einer einzigen Partei – der

HDZ – abgedeckt wurde. Der Alleinvertretungsanspruch der HDZ auf kroatische Wählerinteressen ist mittlerweile nicht mehr unbestritten. Dennoch kann sich die Partei in Bosnien und Herzegowina noch immer der breiten Unterstützung unter bosnischen Kroaten vor allem in mehrheitlich kroatisch bewohnten, ruralen Landesteilen sicher wissen. Allerdings ist eine gewisse Ernüchterung gegenüber der nationalistisch orientierten Politik der HDZ in der kroatischen Bevölkerungsgruppe unübersehbar. Insbesondere seit dem Schwinden der Zuschüsse, welche die HDZ BuH bis zum Regierungswechsel in Kroatien von der HDZ-geführten Regierung des Nachbarlandes erhielt, wurde deutlich, dass die separatistische Politik der HDZ und der Konfrontationskurs gegen die Internationale Gemeinschaft aus sich heraus eher das Gegenteil als die Verbesserung der Stellung der Kroaten in BuH erbringt.

HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft)

Zwischen den Jahren 1995 und 2000 repräsentierte die HDZ die kroatische Bevölkerungsgruppe in Bosnien und Herzegowina in den Parlamenten und Regierungen auf allen Ebenen so gut wie allein. Die Änderung einiger Wahlregeln seitens der OSZE kurz vor den Wahlen im November 2000, die das Monopol der HDZ auf die Entsendung von Delegierten aus den Kantonen in die Volkskammer der Föderation brachen, leitete den völligen Boykott der HDZ gegenüber der neuen Regierung sowie der Internationalen Gemeinschaft in BuH ein. Dieser Kurs gipfelte im März 2001 in der verfassungswidrigen Ausrufung der „Kroatischen Selbstverwaltung“¹³⁾, die sich auf die Kantone der Herzegowina bezog, in welchen die HDZ die Regierungen stellte. Erst im November 2001 zogen die gewählten HDZ-Vertreter nach parteiinternen Auseinandersetzungen wieder in die Parlamente auf gesamtstaatlicher und föderaler Ebene ein. Offiziell erklärt die Partei das Projekt der kroatischen Selbstverwaltung heute für gescheitert. Allerdings befürworten ihre Vertreter nach wie vor solche Modelle, die den kroatisch majorisierten Kantonen weitgehende Selbstverwaltung einräumen. Kritische Stimmen verweisen hier auf die strukturelle Verflechtung der Partei in wirtschaftskriminelle Netzwerke und die nachweisliche Verbindung einzelner,

13) Gemeinsam mit der HKDU (Kroatische Christlich-Demokratische Union) und der HSP (Kroatische Rechtspartei) rief die HDZ als Initiatorin am 3. März 2001 die „vorläufige kroatische Selbstverwaltung“ aus, die einer Autonomieerklärung gleichkam. Der damalige Vorsitzende der HDZ, Ante Jelavic, sowie drei weitere Mitglieder der Partei wurden daraufhin am 7. März seitens des Hohen Repräsentanten ihrer politischen Ämter enthoben. Jelavic wurde aus der Präsidentschaft BiH entlassen.

durchaus prominenter Parteivertreter zu diesen, und sehen in solchen Forderungen den Versuch, Interessenmonopole und Einflussphären in bestimmten Landesteilen zu wahren, die dem Aufbau eines demokratischen, bürgerlichen Gemeinwesens, einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft und einer transparenten Verwaltung grundsätzlich zuwiderlaufen. Ihrem Programm zufolge ist die HDZ BuH eine Volkspartei europäischer Prägung, die für die Wahrung der Werte der kroatischen sowie der christlichen Kulturgemeinschaft eintreten will. Ihrem Statut nach steht sie der Zusammenarbeit mit allen demokratisch-christlichen und konservativen Volksparteien offen gegenüber. Sie sieht sich einer sozialen, marktwirtschaftlichen Orientierung und einer Politik der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Anspruch und Wirklichkeit klaffen jedoch bis heute weit auseinander. So konnte man in regelmäßigen Abständen beobachten, wie moderate Vertreter der HDZ der Partei schließlich den Rücken kehrten und eigene Parteien gründeten (Stjepan Kljucic, erster Präsident der HDZ BiH, gründete 1994 die Partei der Republikaner; Kresimir Zubak, als HDZ-Vertreter ehemaliger Präsident der Föderation BuH, gründete 1998 die Partei NHI; Jadranko Prlic, Premierminister der HDZ-geführten Herzeg-Bosna-Regierung und ehemaliger Außenminister BuHs, gründete im April 2002 die Partei ProENS; Miro Grabovac Titan, ebenfalls langjähriges HDZ-Mitglied und Vorsitzender des Veteranenverbandes des ehemaligen kroatischen Verteidigungsrates, gründete im Mai 2002 die HDU).

Die HDZ tritt zu den Wahlen im Oktober in unterschiedlichen Koalitionen für die verschiedenen Ebenen mit denjenigen Parteien an, mit denen sie im März 2001 die „Kroatische Selbstverwaltung“ ausrief (Christdemokraten, Kroatische Volksgemeinschaft HNZ und HKDU; s. Anlage III.I.). Nur wenige gehen – entgegen der Umfragen – davon aus, dass die HDZ ihre Mehrheit in den Kantonen und ihre Stellung auf den anderen Regierungsebenen (gesamtstaatlich: 12 Prozent, föderal: 18 Prozent) nicht wird halten können.

NHI (Neue Kroatische Initiative)

Die NHI wurde unmittelbar vor den Parlamentswahlen 1998 von Kresimir Zubak, dem derzeitigen

Minister für Menschenrechte und Flüchtlingsfragen BuHs, als Alternative zur HDZ gegründet. Bei den Wahlen 1998 erlangte die NHI jeweils einen Sitz im gesamtstaatlichen Parlament und der Nationalversammlung der RS, im Parlament der Föderation brachte sie es immerhin auf vier Sitze. Die Wahlen im November 2000 waren für die Partei wenig erfolgreich. Ihr gegenwärtiges politisches Gewicht bezieht sie aus der Beteiligung an der Allianz-Regierung. Das Programm der NHI nennt als zentrale Punkte den Aufbau marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die Verringerung der Streitkräfte, sowie die Unterstützung und Förderung des Rückkehrprozesses besonders der Kroaten. Das Daytoner Abkommen sieht die NHI mit Blick auf die unvollständige Flüchtlingsrückkehr als Mängelwerk, das auf demokratischem Wege zu korrigieren sei. Im Vorfeld zur Aufstellung der Wahllisten setzten sich Vertreter der Internationalen Gemeinschaft intensiv für die Bildung einer gleichsam allparteienübergreifenden Koalition im kroatischen Spektrum ein, um ein bedeutendes Gegengewicht zur HDZ zu schaffen. Viele Beobachtungen und Spekulationen deuten darauf hin, dass das Personalkarussell sich bereits vor dem Startsignal zu drehen begann. Ohne sich letztlich darauf eingelassen zu haben, zog sich die NHI aus dem Kooperationsprojekt zurück und überraschte mit Gesten in Richtung HDZ, die manche Kommentatoren zu Vermutungen möglicher Koalitionen der beiden Parteien nach den Wahlen veranlasst haben. Die NHI kandidiert auf allen Ebenen mit Ausnahme der RS-Präsidentschaft. Bei den letzten Wahlen auf gesamtstaatlicher Ebene erreichte sie zwei Prozent, sie wird also voraussichtlich an der inzwischen geltenden Drei-Prozent-Klausel scheitern.

HDU (Kroatische Demokratische Union)

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen unterschiedlichen Interessenten aus dem kroatischen politischen Milieu, die vor allem von der HDZ enttäuschte Wähler mit einer reformorientierten, nicht-nationalistischen neuen Partei für den demokratischen Prozess gewinnen wollten, wurde im Mai 2002 die HDU gegründet. Der HDU geht es um die politische Interessenvertretung der kroatischen Bevölkerung in BuH innerhalb der parlamentarischen

Institutionen. Separatistische oder kroatisch-nationalistische Positionen lehnt sie ab. Das Projekt dieser Parteigründung wurde wiederum stark von Vertretern der Internationalen Gemeinschaft in BuH unterstützt. Noch einen Tag vor ihrer offiziellen Gründung zogen sich allerdings verschiedene Diskussionspartner zurück und überließen dem entschlossenen Miro Grabovac Titan das Feld. Mit großer Überzeugung sieht er die HDU als starken Herausforderer der HDZ bei den Oktober-Wahlen. Als Vorsitzender des Veteranenverbandes des ehemaligen kroatischen Verteidigungsrates ist er sich der Unterstützung einer starken und politisch relevanten Interessengruppe innerhalb der kroatischen Bevölkerung in BuH gewiss. In Koalition mit Radom za Boljatak, deren Wirtschaftsprogramm die HDU übernommen hat, kandidiert die Partei für die Präsidentschaft, das gesamtstaatliche und föderale Parlament, sowie mit der HSS für die Nationalversammlung der RS. Auf kantonaler Ebene und für die Wahlen zum Gemeinderat Zepce tritt die HDU allein an.

HKDU (Kroatische Christlich-Demokratische Union)

Die HKDU ist dem christlichen Menschenbild verbunden, rückt den Schutz der Familie sowie die Pflege von Werten und Tradition ins Zentrum ihrer Politik. Die Bedeutung des Katholizismus für die nationale Identität der Kroaten in Bosnien und Herzegowina wird von ihr hervorgehoben. Auch die HKDU versteht sich als Volkspartei, die allen Bosniern offen steht, betrachtet sich jedoch gleichzeitig auch als Partei der kroatischen Volksgruppe in BuH. Bislang rangierte die Partei am Rand der Bedeutungslosigkeit und hat allenfalls in der Föderation in einigen Gemeinden der mehrheitlich kroatisch besiedelten Herzegowina eine gewisse Basis. In der Regel schließt sich die HKDU, soweit auf kantonaler Ebene an Regierungen beteiligt, den politischen Entscheidungen ihres Koalitionspartners, der HDZ, an. So beteiligte sie sich auch am Projekt der „Kroatischen Selbstverwaltung“, das auf die „Homogenisierung“ des kroatischen Wahlkörpers und die Etablierung von Verwaltungs- und Finanzstrukturen abzielte, die in BuH faktisch eine dritte Entität einführen sollten. Bei den Wahlen 2000 konnte die HKDU auf födera-

ler Ebene ein Prozent der Stimmen erzielen. Sie kandidiert in Koalition mit den Christdemokraten, HNZ und HDZ für das gesamtstaatliche Parlament, für die Nationalversammlung sowie die Präsidentschaft der RS. Als Koalitionspartner der HDZ wird die HKDU, ohne allein die Drei-Prozent-Klausel überwinden zu können, politisch präsent bleiben.

HSS (Kroatische Bauernpartei)

Die HSS kandidiert für das gesamtstaatliche und das föderale Parlament sowie für die meisten Kantone – auf föderaler Ebene erreichte sie bei den letzten Wahlen knapp ein Prozent. In Koalition mit Radom za Boljitač und HDU beteiligt sich die HSS auch an den Wahlen für die Nationalversammlung in der RS. Aufgrund der Koalition ist zu erwarten, dass die HSS auch nach den kommenden Wahlen auf der politischen Bühne des Landes präsent bleibt.

Unabhängige Rechtspartei BiH und Rechtspartei BiH

Die beiden Parteien treten als Kroatischer Rechtsblock zur Wahl an (s. Anlage 1). Beide Parteien finden ihre Wähler hauptsächlich in der Herzegowina. Konnten sie bei den letzten Wahlen in den Kantonen der Herzegowina durchschnittlich fünf Prozent erzielen, so ist auch bei den kommenden Wahlen davon auszugehen, dass sie, zumal als Koalition, die Drei-Prozent-Hürde überwinden können.

■ Anlage 1: Koalitionen

Kroatischer Rechtsblock:

Unabhängige Rechtspartei BiH; Rechtspartei BiH

Kandidatur gesamtstaatliche Ebene: Präsidentschaft BiH;
Repräsentantenhaus BiH

Kandidatur Entitätsebene: Volksversammlung RS; Repräsentantenhaus FbiH

Kandidatur kantonale Ebene: alle Kantone

Kandidatur Gemeinderat Zepce

Republikaner – SPP

(Partei der Wirtschaftlichen Prosperität)

Kandidatur gesamtstaatliche Ebene: Repräsentantenhaus BiH

Kandidatur Entitätsebene: Repräsentantenhaus FbiH

Kandidatur kantonale Ebene: alle Kantone

Ökonomischer Block:

(Radom za Boljtitak; HDU; HSS)

Kandidatur gesamtstaatliche Ebene (ohne HSS): Präsidentschaft BiH; Repräsentantenhaus BiH

Kandidatur Entitätsebene: Volksversammlung RS; Präsident u. Vizepräsident RS; Repräsentantenhaus F BiH (ohne HSS)

ProENS; Jugendpartei BiH

Kandidatur Entitätsebene: Volksversammlung RS; Repräsentantenhaus F BiH

Kroatische Rechtspartei; Vereinigte Kroatische Rechtspartei

Kandidatur Entitätsebene: Repräsentantenhaus F BiH

Kandidatur kantonale Ebene: alle Kantone

Kandidatur Gemeinderat Zepce

HDZ; Christdemokraten; HNZ; HKDU

Kandidatur gesamtstaatliche Ebene (ohne HNZ, HKDU): Präsidentschaft BiH; Repräsentantenhaus BiH

Kandidatur Entitätsebene: Präsident und Vizepräsidenten RS; Volksversammlung RS; Repräsentantenhaus F BiH (ohne HKDU)

Kandidatur kantonale Ebene: alle Kantone (ohne HKDU)

Kandidatur Gemeinderat Zepce (ohne HKDU)

■ Anlage 2: Registrierte Parteien

Name der Partei in deutscher Sprache	Name der Partei in Landessprache	Kürzel
1. Konservativ-Radikale Partei	Konzervativno radikalna stranka	
2. Volkspartei BiH	Narodna stranka BiH	
3. Sozialdemokratische Partei BiH	Socijaldemokratska Partija BiH	SDP BiH
4. Partei der Demokratischen Aktion	Stranka demokratske akcije	SDA
5. Kroatische Bauernpartei	Hrvatska seljacka stranka	HSS BiH
6. Demokratische Partei der Arbeiter und Rentner	Demokratska stranka radnika i umirovljenika	
7. Bosnisch-Herzegovinische Patriotische Partei	Bosanskohercegovačka patriotska stranka	BPS

Name der Partei in deutscher Sprache	Name der Partei in Landessprache	Kürzel
8. Kroatische Christdemokraten	Hrvatski demokristićani	
9. Liberaldemokratische Partei	Liberalnodemokratska stranka	LDS
10. Bürgerliche Demokratische Partei	Gradjansko demokratska stranka	
11. Partei der Sparer von Auslandswährungen	Stranka deviznih stedisa	
12. Kroatische Volksgemeinschaft	Hrvatska narodna zajednica	
13. Demokratische Volksgemeinschaft	Demokratska narodna zajednica	
14. Demokratische Partei der Behinderten	Demokratska stranka invalida	
15. Volkspartei Radom za Boljitak	Narodna stranka Radom za boljitak	RzB
16. Kroatische Christlich-Demokratische Union	Hrvatska krcsanska demokratska unija	HKDU
17. Bosnische Partei	Bosnaska stranka	BOSS
18. Arbeiterpartei	Radnicka stranka	
19. Rentnerpartei	Stranka penzionera	
20. Frauenpartei	Stranka zena	
21. Republikanische Partei	Republikanska stranka	
22. Heimatsozialdemokraten	Zavicajni socijaldemokrati	
23. Demokraten BiH	Demokrati BiH	
24. Serbische Bürgerbewegung	Srpski pokret obnove	
25. Bosniakische Volkspartei	Narodna bosnjacka stranka	
26. Neue Kroatische Initiative	Nova hrvatska inicijativa	NHI
27. Partei für BiH	Stranka za BiH	SBiH
28. Demokratisches Zentrum BiH	Demokratski centar BiH	
29. Volkspartei der Sozialisten	Narodna partija socijalista	

Name der Partei in deutscher Sprache	Name der Partei in Landessprache	Kürzel
30. Unabhängige Rechtspartei	Nezavisni pravasi	
31. Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten	Savez nezavisnih socijaldemokrata	SNSD
32. Demokratische Patriotische Partei	Demokratska patriotska stranka	
33. Serbischer Volksverband	Srpski narosni savez	SNS
34. Serbische Radikale Partei	Srpska radikalna stranka	
35. Pro-Europäische Volkspartei	Proeuropska narodna stranka	ProENS
36. Kroatische Rechtspartei	Hrvatska stranka prava	HSP
37. Vereinte Kroatische Rechtspartei	Ujedinjena hrvatska stranka prava	
38. Sozialistische Partei RS	Socijalisticka partija RS	SPRS
39. Rentnerpartei RS	Stranka penzionera RS	
40. Serbische Demokratische Partei	Srpska demokratska stranka	SDS
41. Kroatische Demokratische Gemeinschaft	Hrvatska demokratska zajednica	HDZ
42. Partei des Demokratischen Fortschritts	Partija demokratskog progresna	PDP
43. Demokratische Partei	Demokratska stranka	
44. Bosniakische Rechtspartei	Bosnjacka stranka prava	
45. Partei der Demokratischen Entwicklung	Stranka demokratskog razvoja	
46. Partei des Sozialdemokratischen Zentrums	Partija socijaldemokratskog centra	
47. Demokratische Partei	Posavinas Posavska demokratska stranka	
48. Bund des Volkswiederaufbaus	Savez narodnog preporoda	

Name der Partei in deutscher Sprache	Name der Partei in Landessprache	Kürzel
49. Volkspartei aus Bosansko Podrinje	Bosansko posdrinjska narodna stranka	
50. Partei der Wirtschaftlichen Prosperität	Stranka privrednoog prosperiteta	SPP
51. Kroatische Demokratische Union	Hrvatska demokratska unija	HDU
52. Rechtspartei BiH	Pravasi BiH	
53. Demokratischer Volksverband	Demokratski narodni savez	
54. Republikanischer Verband der RS	Republikanski savez RS	
55. Partei „Volksfront“	Stranka „Narodni front“	
56. Jugendpartei BiH	Stranka mladih BiH	
57. Bauernpartei RS	Seljacka stranka RS	

Das Manuskript wurde im Juli 2002 abgeschlossen.